

STATISTISCHE BERICHTE



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

Arb.-Nr. VII/44/9

Erschienen am 24. April 1961

Signatur 361
3 L 1 IV 4



Ausgegeben vom
Wiwi Sem/Uni Tübingen

Allgemeine Umlage der Landkreise
im Rechnungsjahr 1959

13. MRZ. 2008

ke

I n h a l t

	Seite
A. Vorbemerkung	3
B. Überblick	4
C. Tabellenteil	
Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlagean- spannung der Landkreise des Bundesgebietes im Rechnungsjahr 1959	10
D. Anhang	
Gesetzliche Bestimmungen der Länder des Bundesgebietes über die Erhebung der Kreis- umlage für das Rechnungsjahr 1959	22

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet
ohne Saarland, Hansestädte und Berlin

A. Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht gibt - wie die vorangegangenen dieser Reihe¹⁾ - einen Überblick über die länderspezifischen unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen der allgemeinen Kreisumlage. Der Bericht soll ferner dem kreisweisen Vergleich von Umlagebedarf, Umlagekraft und Umlageanspannung innerhalb der einzelnen Länder dienen.

Die Begriffe Umlagebedarf, Umlagekraft und Umlageanspannung werden in ihrer Bedeutung unverändert gebraucht:

Umlagebedarf

Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist von den kreisangehörigen Gemeinden (gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken) eine Umlage (Kreisumlage) zu erheben.

Umlagekraft

Die Kreisumlage wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) festgesetzten Steuerkraftzahlen sowie einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen und evtl. Sonderzuweisungen, die sie für das Umlagejahr zu beanspruchen haben.

Die Summe dieser Umlagegrundlagen ergibt die Umlagekraft.

Umlageanspannung

Das rechnerische Verhältnis zwischen dem Umlagebedarf der Landkreise und der Umlagekraft ihrer Gemeinden usw. ergibt die Umlageanspannung. Sie stellt den Prozentsatz der Umlagekraft dar, der zur Deckung des Umlagebedarfs herangezogen werden muß (Umlagesatz).

1) Vgl. die Statistischen Berichte über die Allgemeine Umlage der Landkreise in den Rechnungsjahren 1953, 1955, 1957 und 1958 (Arb.Nr. VII/44/2, 4, 7 und 8).

B. Überblick

Die allgemeine Umlage der Landkreise im Rechnungsjahr 1959 läßt keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erkennen. In den nachstehenden fünf Übersichten (Texttabellen) werden im einzelnen die Bedeutung der Kreisumlage, die Berechnung der Umlagekraft (insbesondere die Bemessungsgrundlagen) und die Umlageanspannung näher veranschaulicht.

1. Einnahmen der Landkreise aus allgemeinen Deckungsmitteln im Bundesgebiet in den Rechnungsjahren 1956 bis 1958¹⁾

Land	Allgemeine Deckungsmittel						Umlageeinnahmen in vH der Allgemeinen Deckungsmittel		
	insgesamt	darunter: Umlageeinnahmen	insgesamt	darunter: Umlageeinnahmen	insgesamt	darunter: Umlageeinnahmen	1958	1957	1956
	1958		1957		1956				
	Mill. DM						vH		
Schleswig-Holstein	66,7	35,6	60,6	33,1	52,5	30,2	53,4	54,6	57,5
Niedersachsen	216,7	154,2	202,5	147,3	173,0	128,2	71,1	72,7	74,1
Nordrhein-Westfalen	306,3	228,2	261,2	193,6	226,1	172,1	74,5	74,1	76,2
Hessen	126,5	77,7	108,1	69,1	93,8	61,6	61,4	63,9	65,7
Rheinland-Pfalz	81,1	52,2	73,1	45,7	61,1	41,3	64,4	62,5	67,6
Baden-Württemberg	193,9	134,8	171,3	115,2	152,7	102,9	69,5	67,3	67,4
Bayern	204,1	166,1	180,2	147,9	171,0	141,7	81,4	82,1	82,9
Zusammen	1 195,4	848,9	1 057,0	751,9	930,2	677,9	71,0	71,1	72,9
DM je Einwohner									
Schleswig-Holstein	41,53	22,17	37,80	20,63	32,77	18,84			
Niedersachsen	46,30	32,94	43,22	31,44	36,78	27,26			
Nordrhein-Westfalen	40,88	30,46	35,52	26,33	31,15	23,70			
Hessen	40,83	25,07	35,17	22,49	30,71	20,15			
Rheinland-Pfalz	32,22	20,75	29,32	18,33	24,63	16,64			
Baden-Württemberg	34,20	23,78	30,76	20,69	27,81	18,74			
Bayern	33,79	27,50	29,92	24,56	28,40	23,54			
Zusammen	38,43	27,29	34,32	24,41	30,39	22,15			

1) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik (Isteinnahmen).

Die Umlageeinnahmen aller Landkreise machen nach den Rechnungsergebnissen (Isteinnahmen) auch im Rechnungsjahr 1958 noch gut sieben Zehntel ihrer Einnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln aus.

Die Berechnung der Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke ist länderspezifisch unterschiedlich. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Bemessungsgrundlagen, die diesen Berechnungen zugrunde liegen, lediglich in Baden-Württemberg geändert. Und zwar wurde der Satz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital von 260 auf 275 erhöht; ferner wurden die Sonderzuweisungen nicht mehr mit $33\frac{1}{3}$, sondern nunmehr mit 50 vH in die Berechnung einbezogen.

2. Übersicht über die Berechnung der Umlagekraft im Rechnungsjahr 1959
in den Ländern des Bundesgebietes ¹⁾
- VII der Grundlagen -

Grundlagen	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern
I. Steuerkraftzahlen							
Grundsteuer A = Meßbeträge	140	100	80	140	140	150	140
Grundsteuer B = Meßbeträge							
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge	140	120	120	130	140	150	140
" weiteren 100 000 " " "	160	160	160	175	175	-	170
" " 400 000 " " "	200	200	200	-	-	-	-
" " 1 000 000 " " "	-	-	-	220	210	-	210
" " 2 000 000 " " "	-	-	-	240	-	-	220
" " 4 000 000 " " "	-	220	220	-	-	-	-
" " Meßbeträge	250	240	240	260	230	-	230
Grundsteuerergänzungszuschüsse/ -ausfallentschädigung - Ist	70	-	100	-	-	100	140-230 ²⁾
Gewerbesteuer u. Ertrag u. Kapital- Meß (Grund-) beträge	210	200	200	245	240	275	240
Gewerbesteuerabgleich = Einnahmen - Ist	+ 35	+ 100	+ 50	+ 100	+ 75	+ 100	+ 50
Ausgaben - Ist	- 70	- 100 ³⁾	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100
Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn u. Bundespost - Ist	-	-	-	-	-	-	50
Spillbankabgabe - Ist	-	-	-	-	-	-	50
Steuerkraft, die 160 vH der Bedarfsmess- zahl übersteigt	-	-	-	100	-	-	-
Schlüsselzuweisungen	-	-	-	-	-	100 ⁴⁾	-
II. Sonstige Grundlagen							
Schlüsselzuweisungen - Ist	70	100	100	75	75	100 ⁵⁾	80
Sonderzuweisungen - Ist	-	100	-	-	-	50	-
Vergütungssteuer - Ist	-	-	-	100	100	-	-

1) Gesetzliche Bestimmungen siehe Anhang.- 2) Die mit 140 bis 230 vH errechneten Grundbeträge der Grundsteuerausfallvergütung werden den Steuermaßbeträgen der Grundsteuer hinzugerechnet.- 3) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden mit 50 vH ihres Betrages von den mit 200 vH anzuhabenden Gewerbesteuergrundbeträgen der Betriebsgemeinden abgesetzt, also mit 100 vH berücksichtigt. Für die Einnahmen der Wohngemeinden aus Gewerbesteuerausgleichszuschüssen gilt das Entsprechende.- 4) Gem. § 10, 1 b FAG.- 5) Gem. § 10, 1a FAG.

3. Angaben zur Umlageanspannung

Land		Umlagesoll	Umlagekraft	Umlagesoll
		DM je Einwohner		in % der Umlagekraft
Schleswig-Holstein	1959	23,38	68,15	34,3
	1958	22,21	64,59	34,4
Niedersachsen	1959	35,43	72,81	48,7
	1958	32,68	66,17	49,4
Nordrhein-Westfalen	1959	28,56	95,97	29,8
	1958	27,98	92,64	30,2
Hessen	1959	24,87	80,78	30,8
	1958	25,28	81,92	30,8
Rheinland-Pfalz	1959	23,43	69,19	33,9
	1958	20,78	60,02	34,6
Baden-Württemberg	1959	26,34	132,84	19,8
	1958	23,89	117,82	20,3
Bayern	1959	30,59	67,18	45,5
	1958	27,40	59,52	46,0

Hier sind Umlagebedarf (Umlagesoll) und Umlagekraft - jeweils in DM je Einwohner - sowie die aus diesen Angaben errechnete landesdurchschnittliche Anspannung der Kreisumlage dargestellt. In allen Ländern - mit Ausnahme von Hessen - ist ein erneutes Ansteigen des Umlagebedarfes und der Umlagekraft festzustellen. Die durchschnittliche Anspannung dagegen ist infolge des relativ stärkeren Zuwachses der Umlagekraft - wie schon im Vorjahr - weiter zurückgegangen.

Texttabelle 4 vermittelt einen Überblick über Höhe und Streuung der Umlageanspannung in den einzelnen Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken und Ländern. Ferner ist der Streuungsdurchschnitt dargestellt; er ist als einfaches arithmetisches Mittel berechnet und veranschaulicht das unterschiedliche Ausmaß der Streuung der Umlagesätze. Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres¹⁾ zeigt, daß die meisten Anspannungssätze (Durchschnittssätze) etwas niedriger geworden sind.

¹⁾ Statistischer Bericht, Arb.-Nr. VII/44/8

4. Streuungsbild der Gesamtanspannung im Rechnungsjahr 1959
 = Umlagesoll in vH der Umlagekraft =

Regierungsbezirk Land	Zahl der Kreise mit einer Umlageanspannung														Durch- schnitt vH	Streu- ungs- durch- schnitt ¹⁾
	bis 20,0	20,1 bis 25,0	25,1 bis 30,0	30,1 bis 35,0	35,1 bis 40,0	40,1 bis 45,0	45,1 bis 50,0	50,1 bis 55,0	55,1 bis 60,0	60,1 bis 65,0	65,1 bis 70,0	70,1 bis 75,0	75,1 und mehr			
	vH ihrer Umlagekraft															
Schleswig-Holstein	-	-	2	7	8	-	-	-	-	-	-	-	-	34,3	2,4	
Niedersachsen																
Regierungsbezirk																
Hannover	-	-	-	-	-	1	4	3	1	-	-	-	-	49,9	3,4	
Hildesheim	-	-	-	-	-	2	3	4	1	-	1	-	-	50,9	4,8	
Lüneburg	-	-	-	-	-	-	3	5	1	-	-	-	-	51,8	2,5	
Stade	-	-	-	-	-	3	2	1	1	-	-	-	-	47,2	4,7	
Osnabrück	-	-	-	-	-	1	1	5	1	-	-	-	-	50,4	4,0	
Aurich	-	-	-	-	-	1	2	1	-	-	-	-	-	48,7	2,4	
Verwaltungsbezirk																
Braunschweig	-	-	-	-	1	1	2	2	-	-	-	-	-	47,8	4,3	
Oldenburg	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	38,3	0,5	
Land	-	-	-	-	7	9	17	21	5	-	1	-	-	48,7		
Nordrhein-Westfalen																
Regierungsbezirk																
Düsseldorf	-	-	5	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	30,6	3,4	
Köln	-	2	2	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,2	3,4	
Aachen	-	-	2	4	1	-	-	-	-	-	-	-	-	31,1	2,1	
Münster	-	1	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,5	1,8	
Detmold	-	-	3	4	5	-	-	-	-	-	-	-	-	33,2	4,1	
Arnsberg	-	1	5	4	2	-	-	-	-	-	-	-	-	29,8	3,4	
Land	-	4	26	17	10	-	-	-	-	-	-	-	-	29,8		
Hessen																
Regierungsbezirk																
Darmstadt	-	1	3	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28,4	3,4	
Kassel	-	-	-	14	1	-	-	-	-	-	-	-	-	33,1	1,2	
Wiesbaden	-	-	2	9	2	-	-	-	-	-	-	-	-	32,4	1,7	
Land	-	1	5	30	3	-	-	-	-	-	-	-	-	30,8		
Rheinland-Pfalz																
Regierungsbezirk																
Koblenz	-	1	4	3	1	1	1	-	-	-	-	-	-	31,2	5,2	
Trier	-	-	3	2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	32,8	4,4	
Montabaur	-	-	-	-	3	-	1	-	-	-	-	-	-	40,6	3,5	
Rheinhausen	-	-	2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	30,4	4,8	
Pfalz	-	-	3	1	4	4	1	-	-	-	-	-	-	37,5	5,1	
Land	-	1	12	7	10	6	3	-	-	-	-	-	-	33,9		
Baden-Württemberg																
Regierungsbezirk																
Nordwürttemberg	14	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18,3	2,1	
Nordbaden	1	5	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,0	3,6	
Südbaden	3	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21,8	1,2	
Wttbg.-Hohenzoll.	9	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18,7	3,3	
Land	27	33	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19,8		
Bayern																
Regierungsbezirk																
Oberbayern	-	-	1	-	3	8	11	1	2	-	-	-	-	44,2	4,8	
Niederbayern	-	-	-	-	-	1	4	5	2	7	3	-	-	56,6	6,1	
Oberpfalz	-	-	-	-	-	1	9	7	1	1	-	-	-	50,8	2,8	
Oberfranken	-	-	-	-	6	5	5	1	-	-	-	-	-	42,6	3,8	
Mittelfranken	-	-	-	-	1	7	7	2	-	-	-	-	-	45,7	3,0	
Unterfranken	-	-	2	-	3	6	6	3	2	-	-	-	-	43,2	6,1	
Schwaben	-	-	-	2	5	9	3	-	1	-	-	-	-	40,9	3,9	
Land	-	-	3	2	18	37	45	19	8	8	3	-	-	45,5		

1) Einfacher Durchschnitt der Differenzen zwischen den Anspannungssätzen der einzelnen Landkreise eines Regierungsbezirks und dem Regierungsbezirkdurchschnitt.

**3. Umlagenanpassung der nach Regierungsbezirken zusammengefaßten Landkreise
des Sondergebietes in Rechnungsjahr 1959
- Umlagesatz in vH -**

Regierungsbezirk Land	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbesteuer n. Ertrag u. Kapital			Schlüssel- zuweisungen		
	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl.	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl.	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl.	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾
	Umlagesatz											
<u>Schleswig-Holstein</u>	39,0	29,0	34,3	39,0	30,0	34,8	39,0	30,0	35,2	39,0	30,0	34,3
<u>Niedersachsen</u>												
Regierungsbezirk												
Hannover	59,0	43,0	51,1	57,0	43,0	49,9	57,0	43,0	49,9	57,0	36,0	47,7
Hildesheim	57,0	43,0	49,3	57,0	45,0	49,3	59,0	45,0	49,3	52,0	34,0	46,5
Lüneburg	58,0	47,0	52,9	58,0	47,0	52,9	58,0	47,0	52,9	58,0	39,0	47,8
Stade	56,0	41,0	49,0	56,0	41,0	48,0	56,0	41,0	48,0	53,0	41,0	48,0
Goslar	50,0	45,0	53,0	60,0	45,0	53,0	63,0	45,0	55,3	55,0	40,0	48,5
Aurich	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	50,3	50,0	42,0	44,0
Verwaltungsbezirk												
Braunschweig	53,0	35,0	42,7	53,0	35,0	42,7	56,0	40,0	49,0	53,0	35,0	42,8
Odenburg	40,0	32,0	35,3	40,0	32,0	38,3	40,0	38,0	38,3	40,0	38,0	38,3
Land	60,0	35,0	48,7	60,0	35,0	48,5	63,0	38,0	49,2	58,0	34,0	46,0
<u>Nordrhein-Westfalen</u>												
Regierungsbezirk												
Düsseldorf	58,0	28,0	36,0	38,0	26,0	36,0	38,0	28,0	36,0	38,0	28,0	36,0
Köln	35,0	24,0	28,5	35,0	24,0	28,5	35,0	24,0	28,5	35,0	24,0	27,6
Aachen	58,0	27,0	32,0	38,0	27,0	32,0	38,0	30,0	33,1	39,0	27,0	30,9
Münster	30,0	23,5	26,1	30,0	23,5	28,1	30,0	23,5	28,1	30,0	21,0	27,5
Detmold	40,0	25,0	34,3	40,0	26,0	34,3	40,0	26,0	34,3	40,0	22,0	32,8
Arnsberg	30,0	24,0	30,9	36,0	24,0	30,9	36,0	24,0	30,9	36,0	24,0	30,9
Land	40,0	23,5	31,8	40,0	23,5	31,8	40,0	23,5	31,9	40,0	21,0	31,1
<u>Hessen</u>												
Regierungsbezirk												
Darmstadt	35,0	22,0	30,6	35,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6
Kassel	35,0	22,0	33,1	35,0	22,0	33,0	36,0	22,0	33,3	36,0	22,0	33,3
Kiesbaden	40,0	30,0	35,5	50,0	30,0	33,2	36,0	30,0	33,1	37,0	30,0	32,9
Land	40,0	22,0	32,5	50,0	22,0	32,4	36,0	22,0	32,5	37,0	22,0	32,3
<u>Rheinland-Pfalz</u>												
Regierungsbezirk												
Koblenz	45,5	27,4	32,7	45,5	27,4	33,7	45,5	20,4	32,2	46,5	21,9	30,4
Yrier	45,0	28,0	34,3	44,0	28,0	34,3	44,0	28,0	34,3	53,0	24,0	30,4
Montabaur	50,0	37,0	41,5	50,0	37,0	41,5	50,0	37,0	41,5	40,0	37,0	39,0
Rheinhausen	59,0	26,5	31,7	38,0	26,5	31,7	39,0	26,5	31,7	39,0	26,0	29,7
Pfalz	50,0	30,0	38,5	50,0	30,0	38,5	50,0	30,0	38,5	50,0	30,0	37,9
Land	50,0	26,5	35,0	50,0	26,5	35,0	50,0	20,4	35,6	50,0	21,9	33,7
<u>Baden-Württemberg</u>												
Regierungsbezirk												
Nordwürttemberg	24,0	14,0	18,9	24,0	14,0	18,9	24,0	14,0	18,9	24,0	14,0	18,9
Nordbaden	29,0	18,5	24,4	29,0	18,5	24,4	29,0	18,5	24,4	29,0	18,5	24,4
Südbaden	25,0	16,0	21,7	25,0	18,0	21,7	25,0	18,0	21,7	25,0	18,0	21,7
Wtbg.-Hohenzoll.	25,0	11,2	19,8	25,0	11,2	19,8	25,0	11,2	19,8	25,0	11,2	19,8
Land	29,0	11,2	20,7	29,0	11,2	20,7	29,0	11,2	20,7	29,0	11,2	20,7
<u>Bayern</u>												
Regierungsbezirk												
Oberbayern	70,0	26,0	47,5	60,0	26,0	46,0	56,5	28,0	43,2	56,5	25,0	42,8
Niederbayern	60,0	45,0	57,9	68,0	45,0	57,9	68,0	45,0	57,9	68,0	45,0	56,3
Oberpfalz	60,0	41,0	52,1	56,0	41,0	52,1	66,0	41,0	50,9	57,0	41,0	49,4
Unterpfalz	55,0	30,0	44,5	55,0	38,0	44,5	50,0	34,0	43,2	50,0	34,0	43,0
Mittelfranken	53,0	40,0	47,1	53,0	40,0	47,1	53,0	38,0	45,5	53,0	38,0	45,5
Unterfranken	60,0	29,0	46,4	60,0	29,0	46,3	60,0	29,0	44,5	60,0	29,0	44,7
Schwaben	60,0	31,7	42,9	60,0	31,7	42,9	56,5	31,7	41,3	55,5	31,7	41,6
Land	70,0	26,0	48,4	68,0	26,0	48,2	68,0	26,0	47,1	68,0	23,0	46,2

1) Einfacher Durchschnitt.

Texttabelle 5 gibt Auskunft über die Anspannungssätze einzelner wichtiger Umlagegrundlagen in den Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken und Ländern. Es sind die höchsten, die niedrigsten und die durchschnittlichen vH-Sätze der Anspannung der Grundsteuern A und B, der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und der Schlüsselzuweisungen dargestellt. Der bereits erwähnte leichte Rückgang der Sätze der durchschnittlichen Umlageanspannung hat in einem entsprechenden Rückgang der Anspannungssätze der einzelnen Umlagegrundlagen seinen Grund.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanpannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959**

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner +	1 000 DM	DM je Ein- wohner +	in % der Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewerbe- steuer	Schlüssel- zuwei- sungen ²⁾
						Grundsteuer A	B		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Schleswig-Holstein									
Eckernförde	4 089	62,50	1 595	24,42	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Eiderstedt	1 405	71,33	568	29,47	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Eutin	5 752	64,35	2 071	23,16	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Flensburg-Land	3 500	55,42	1 295	20,50	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Flensburg Lauenburg	9 135	76,30	2 741	21,09	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Husum	3 066	62,13	1 432	22,99	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Nordfriesland	3 951	65,23	1 462	25,24	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Oldenburg i. Holstein	5 407	68,94	1 622	20,68	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Pinneberg	15 349	75,96	5 370	26,06	34,3	29,0	34,0	36,0	29,0
Pfön	6 348	58,89	2 031	18,85	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Rendsburg	10 052	64,79	3 518	22,68	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schleswig	6 145	52,63	2 151	21,32	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Segeberg	5 636	61,20	1 860	20,23	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Steinburg	9 365	76,55	3 028	24,66	32,2	30,0	33,0	33,0	30,0
Stromboli	9 720	70,99	3 399	24,79	35,0	32,5	32,5	37,0	32,5
Südfrriesland	5 319	73,54	1 566	27,21	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Südtondern	4 651	76,96	1 667	28,43	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Land Schleswig-Holstein	110 099	68,15	37 771	23,38	34,3	34,3	34,8	35,2	34,3
Niederrhein									
Grafach, Diaphelin	4 875	67,75	2 779	36,62	57,0	57,0	57,0	57,0	57,0
Grafach, Hoya	6 900	61,65	2 967	26,51	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Grafach, Schaumburg	4 350	50,32	2 164	28,89	47,5	51,0	47,0	47,0	47,0
Hannover-Pyrmont	5 541	66,94	2 817	36,36	52,7	58,0	51,9	51,9	51,9
Hannover-Land	16 123	96,30	8 253	49,55	51,2	52,0	52,0	52,0	44,0
Neustadt a/Rbge	5 150	72,00	2 719	38,16	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Nienburg	7 214	73,83	3 607	36,91	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Schaumburg-Lippe	4 943	64,54	2 323	30,34	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Springe	4 063	96,71	1 872	30,74	46,1	48,5	48,5	48,5	36,0
Reg. Bez. Hannover	59 143	73,09	29 502	36,46	49,9	51,1	49,9	49,9	47,7
Alfeld	5 740	70,99	2 492	30,82	43,4	45,0	45,0	45,0	34,0
Duderstadt	2 503	66,79	1 104	29,42	44,0	45,0 ³⁾	45,0	45,0	41,0
Einbeck	3 676	67,42	1 972	46,91	53,7	52,0	52,0	52,5	52,0
Göttingen	3 085	60,41	1 879	30,81	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Hildesheim-Hbg.	8 427	76,34	4 061	36,98	48,2	47,0 ⁴⁾	47,0	49,0	47,0
Holzlingen	6 246	77,58	3 250	40,50	52,2	50,0	50,0	50,0	50,0
Münden	2 956	67,59	1 409	32,21	47,7	48,5 ⁵⁾	48,5	48,5	45,0
Northolm	3 070	66,94	2 759	30,53	45,6	45,0	45,0	45,0	45,0
Osterode (Harz)	5 260	69,96	3 047	36,38	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Peine	3 536	89,10	4 936	51,33	57,6	57,0	57,0	59,0	50,0
Zellerfeld	2 654	72,90	1 764	48,46	66,5	50,0 ⁶⁾	50,0	45,0	45,0
Reg. Bez. Hildesheim	56 337	73,35	28 693	37,63	50,9	49,3	49,3	49,3	46,5
Burgdorf	8 784	78,35	4 616	41,18	52,6	55,0	55,0	55,0	40,0
Calla	5 268	88,36	4 125	44,08	49,9	52,0	52,0	52,0	39,0
Fallingb. Geb.	5 974	65,87	1 368	30,96	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Sifhorn	7 263	61,98	3 505	29,86	48,3	50,0	50,0	50,0	42,0
Harburg	6 251	55,95	3 188	28,53	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0

+) Ungerechnet mit der fortgeschriebenen Einwohnerzahl am 30.5.1959 (ebenso in den Landkreisen der übrigen Länder). -

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Sonderzuweisungen in Niedersachsen. - 3) Gemeindefreie Grundstücke 150,0 vH. - 4) Gemeindefreie Grundstücke 150,0 vH. - 5) Gutsbezirk Solling; Anteil Northolm 95,0 vH. -

6) Gutsbezirk Harz; Anteil Krs. Zellerfeld 190,0 vH.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959**

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in vH d.Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen		Schlüssel- zuwei- sungen ²⁾	
						Grundsteuer			
						A	B	Gewerbe- steuer	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Lüchow-Dannenberg	3 090	57,68	1 700	31,73	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Lüneburg	3 244	58,39	1 688	30,39	52,0	55,0	55,0	55,0	45,0
Saltau	3 933	65,89	2 085	34,92	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Uelzen	6 810	70,27	3 950	40,75	58,0	58,0	58,0	58,0	58,0
Reg.Bez.Lüneburg	51 620	67,84	26 724	35,12	51,8	52,9	52,9	52,9	47,8
Bremervörde	4 109	59,67	2 055	29,84	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Land Hadeln	3 725	60,25	2 086	33,74	56,0	56,0	56,0	56,0	56,0
Osterholz	4 196	60,63	2 182	31,53	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Rotenburg (Hannover)	3 064	58,50	1 532	29,25	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Stade	9 394	72,43	4 227	32,59	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Verden	5 100	62,76	2 142	26,36	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Wesermünde	4 103	56,60	1 682	23,21	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Reg.Bez.Stade	33 692	62,89	15 906	29,69	47,2	48,0	48,0	48,0	48,0
Aschendorf-Hümmling	3 699	56,24	1 965	29,88	53,1	55,0	55,0	50,0	55,0
Bersenbrück	5 040	63,94	2 772	35,17	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Grafsch. Bentheim ³⁾	9 809	99,67	4 153	42,21	42,3	45,0	45,0	45,0	45,0
Lingen	8 319	120,62	4 319	62,61	51,9	54,0	54,0	54,0	40,0
Melle	2 699	69,31	1 443	37,06	53,5	54,0	54,0	54,0	50,0
Meppen	4 760	74,41	2 354	36,81	49,5	52,0	52,0	52,0	40,0
Osnabrück	8 473	71,66	4 430	37,47	52,3	49,0	49,0	53,0	53,0
Wittlage	1 649	61,33	982	36,53	59,6	60,0	60,0	63,0	50,0
Reg.Bez.Osnabrück	44 448	79,37	22 419	40,03	50,4	53,0	53,0	53,3	48,5
Aurich ⁴⁾ (Ostfriesland)	4 381	63,33	1 971	28,50	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Leer	7 550	62,44	3 583	29,64	47,5	50,2	50,2	52,0	39,0
Norden ⁵⁾	6 193	82,51	3 240	43,17	52,3	54,0	54,0	54,0	42,0
Wittmund	2 712	53,23	1 348	26,45	49,7	50,0	50,0	50,0	50,0
Reg.Bez.Aurich	20 836	65,91	10 142	32,09	48,7	49,8	49,8	50,3	44,0
Blankenburg ⁶⁾	988	68,86	395	27,54	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Braunschweig	3 825	56,66	1 748	25,89	45,7	39,0	39,0	52,0	39,0
Gandersheim	5 381	70,11	2 852	37,16	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Goslar	2 723	64,07	1 286	30,25	47,2	47,0	47,0	47,0	48,0
Helmstedt	13 231	110,23	6 975	58,11	52,7	42,0	42,0	56,0	42,0
Wolfenbüttel	13 957	105,45	5 921	44,73	42,4	35,0	35,0	46,0	35,0
Verw.Bez.Braunschweig	40 105	88,43	19 176	42,28	47,8	42,7	42,7	49,0	42,8
Ammerland	5 225	76,85	1 985	29,20	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Cloppenburg	5 712	64,22	2 285	25,69	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Friesland	6 223	74,41	2 365	28,28	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Oldenburg (Oldenburg)	4 485	62,92	1 704	23,91	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Vechta	5 211	70,66	1 980	26,85	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Wesermarsch	7 741	79,63	2 942	30,26	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Verw.Bez.Oldenburg	34 599	71,66	13 262	27,47	38,3	38,3	38,3	38,3	38,3
Land Niedersachsen	340 831	72,81	165 824	35,43	48,7	48,7	48,6	49,2	46,0
Nordrhein-Westfalen									
Dinslaken	10 959	95,82	4 164	36,41	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Düsseldorf-Mettmann	32 266	105,84	9 357	30,69	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0

1) Für Regierungs- (Verwaltungs-) bezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Sonderzuweisungen in Niedersachsen (ohne die Kreise Blankenburg und Oldenburg). - 3) Stadt Nordhorn Umlagesatz 40,5 vH. - 4) Stadt Borkum Umlagesatz Grundsteuer A und B 36,7 vH, Gewerbesteuer 38,0 vH, Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen 28,5 vH. - 5) Inselgemeinden Umlagesatz 45,0 vH. - 6) Amtsbezirk Thedinghausen Umlagesatz 43 vH.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959**

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in vH d. Umlage- kraft	Steuerkraftszahlen		Gewerbe- steuer	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer A	B		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Geldern	5 946	74,68	2 259	28,38	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Grevenbroich	18 390	109,61	5 517	32,88	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Kempen-Krefeld	17 009	84,55	4 762	23,67	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Kleve	10 540	108,57	3 584	36,91	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Moers	33 224	109,57	9 635	31,72	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Rees	9 322	97,81	3 146	33,01	33,8	33,8	33,8	33,8	33,8
Rhein-Wupper-Kreis	17 161	97,95	4 874	27,82	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4
Reg. Bez. Düsseldorf	154 816	100,59	47 299	30,73	30,6	32,0	32,0	32,0	32,0
Bergheim (Erft)	9 982	97,32	3 089	30,11	30,9	32,0	32,0	32,0	25,6
Bonn	16 801	89,67	4 284	22,87	25,5	25,5	25,5	25,5	25,5
Euskirchen	7 983	80,06	2 515	25,22	31,5	31,5	31,5	31,5	31,5
Köln	28 097	151,04	7 446	40,02	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Oberbergischer Kreis	10 567	82,70	3 698	28,95	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	16 908	86,71	4 227	21,68	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Siegkreis	21 495	95,33	5 159	22,88	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Reg. Bez. Köln	111 832	99,51	30 417	27,07	27,2	28,5	28,5	28,5	27,6
Aachen	23 649	92,49	7 095	27,75	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Düren	16 147	115,34	5 122	36,59	31,7	27,0	27,0	35,0	27,0
Erkelenz	6 564	78,73	2 166	25,98	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Jülich	5 906	87,34	1 892	27,97	32,0	33,0	33,0	33,0	29,0
Monschau	2 005	74,25	762	28,21	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Schleiden	4 166	68,56	1 350	22,22	32,4	34,0	34,0	34,0	30,6
Sellkantkreis	10 245	86,76	2 971	25,14	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Reg. Bez. Aachen	68 681	91,26	21 357	28,38	31,1	32,0	32,0	33,1	30,9
Ahaus	8 949	87,76	2 685	26,33	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Beekum	15 281	102,10	4 355	29,10	28,5	28,5	28,5	28,5	28,5
Borken	5 787	71,27	1 620	19,96	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Coesfeld	6 571	80,48	1 906	23,34	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Lüdinghausen	13 850	108,93	3 255	25,60	23,5	23,5	23,5	23,5	23,5
Münster	8 315	89,18	2 411	25,86	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Recklinghausen	40 040	127,98	10 811	34,55	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
Steinfurt	15 633	97,29	4 056	25,24	26,0	27,0	27,0	27,0	21,0
Tecklenburg	9 981	81,79	2 894	23,72	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Waranderf	6 175	104,32	1 852	31,30	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Reg. Bez. Münster	130 581	101,25	35 845	27,80	27,5	28,1	28,1	28,1	27,5
Bielefeld	10 332	83,93	4 045	32,84	39,1	40,0	40,0	40,0	35,0
Büren ²⁾	3 751	65,43	1 363	23,77	36,3	40,0	40,0	40,0	32,0
Detmold	10 965	81,13	4 138	30,62	37,7	38,0	38,0	38,0	38,0
Halle (Westf.)	5 059	86,79	1 284	22,04	25,4	26,0	26,0	26,0	22,0
Herford	12 836	78,94	4 493	27,63	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Höxter	6 471	70,63	2 221	24,24	34,3	34,5	34,5	34,5	34,0
Lange	10 787	81,41	3 883	29,31	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Lübbecke	5 758	69,49	2 015	24,32	35,0	35,0	35,0	35,0	33,0
Minden	15 242	82,18	5 030	27,12	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Paderborn	9 913	81,80	2 677	22,09	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
Warburg	2 790	64,75	1 116	25,90	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Wiedenbrück ³⁾	14 988	100,19	3 847	25,71	25,7	27,0	27,0	27,0	27,0
Reg. Bez. Detmold	108 894	81,09	36 110	26,89	33,2	34,3	34,3	34,3	32,8

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Stadt Lage Umlagesatz 35,3 vH. - 3) Stadt Gütersloh Umlagesatz 23,8 vH.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959**

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlageanll)			Umlagesatz 1) : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in vH d. Umlage- kraft	Steuernkraftzahlen		Gewerbe- steuer	Steuern- kraft- zahlen, die 160 vH der Be- darfs- maßzahl über- steigen 2)	son- stigen Steuern 3)	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer A	B				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Altona	19 738	124,13	6 711	42,20	34,0	34,0	34,0	34,0	-	-	34,0
Arnsberg	12 869	100,87	3 603	28,24	28,0	28,0	28,0	28,0	-	-	28,0
Brilon	5 219	72,75	1 566	21,82	30,0	30,0	30,0	30,0	-	-	30,0
Ennepe-Ruhr-Kreis	27 953	110,53	7 347	29,84	27,0	27,0	27,0	27,0	-	-	27,0
Iserlohn	20 509	114,99	4 922	27,60	24,0	24,0	24,0	24,0	-	-	24,0
Lippstadt	8 396	91,60	2 924	31,90	34,8	34,8	34,8	34,8	-	-	34,8
Meschede	5 698	77,19	1 670	22,62	29,3	29,3	29,3	29,3	-	-	29,3
Olpe	8 084	87,11	2 546	27,44	31,5	31,5	31,5	31,5	-	-	31,5
Siagen	18 434	114,75	4 977	30,98	27,0	27,0	27,0	27,0	-	-	27,0
Soest	9 821	94,37	3 536	34,05	36,0	36,0	36,0	36,0	-	-	36,0
Unna	17 483	78,19	5 769	25,80	33,0	33,0	33,0	33,0	-	-	33,0
Wittgenstein	2 916	67,97	1 014	24,47	36,0	36,0	36,0	36,0	-	-	36,0
Reg. Bez. Arnsberg	157 020	98,54	46 736	29,66	29,8	30,9	30,9	30,9	-	-	30,9
Land Nordrhein-Westfalen	731 823	95,97	217 314	28,56	29,8	31,1	31,1	31,3	-	-	30,5
Hessen											
Alsfeld	3 521	64,74	1 127	20,72	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Bergstraße	13 449	74,09	4 314	23,76	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Büdingen	4 946	60,32	1 484	18,10	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Darmstadt	6 510	69,73	2 083	22,31	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Dieburg	6 195	65,87	1 983	21,08	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Erbach	4 193	65,65	1 342	21,01	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Friedberg	10 789	72,58	3 231	21,78	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Gießen	7 463	73,98	2 239	22,19	30,3	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Groß-Gorau	36 428	256,51	8 014	52,03	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Lauterbach	2 529	57,73	835	19,05	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Offenbach	16 087	94,80	5 148	30,34	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Reg. Bez. Darmstadt	112 091	94,51	31 798	26,81	28,4	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6
Eschwege	4 695	70,03	1 643	24,51	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Frankenberg	2 496	53,02	824	17,50	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Fritzlar-Homburg	7 243	92,34	2 318	29,55	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Fulda	5 904	62,73	1 889	20,07	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Hersfeld	9 433	132,98	3 019	42,55	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Hofgeismar	5 326	56,54	1 267	21,54	38,1	35,0 4)	35,0 4)	35,0	35,0	35,0	35,0
Hünfeld	2 246	65,12	764	22,14	34,0	34,0 4)	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Kassel	4 189	57,25	1 350	18,44	32,2	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Korburg	5 127	53,95	1 641	17,23	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Nelsungen	2 510	56,00	960	19,18	34,3	33,0	32,0	36,0	36,0	20,0	36,0
Rotenburg	2 838	50,96	936	16,82	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Waldenk	5 808	67,88	1 959	21,72	32,0	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Witzenhausen	3 502	67,47	1 207	23,26	34,5	34,0 4)	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Wolfhngen	1 763	48,44	582	15,99	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Ziegenhain	2 562	48,94	987	16,93	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6
Reg. Bez. Kassel	63 641	67,27	21 044	22,24	33,1	33,1	33,0	33,3	33,3	32,2	33,3

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) In Hessen. - 3) In Hessen Vermögenssteuer. - 4) Bei Grundsteuer A und B der gemeindefreien Grundstücke besondere Umlagebesätze: Kreis Bergstraße, Kreis Hofgeismar je 85 vH; Kreis Kassel Grundsteuer A 73,3 vH; Kreis Witzenhausen Grundsteuer A 78,8 vH.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959**

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ vH der					
						Steuerkraftzahlen			Steuern- kraft- zahlen, die 160 vH der Be- darfs- maßzahl über- steigen ²⁾	son- stigen ³⁾ Steuern	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer		Gewerbe- steuer			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in vH d. Umlage- kraft	A	B				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Biedenkopf	3 415	61,32	1 229	22,08	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Dillkreis	7 122	78,69	2 279	25,18	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Gelnhausen	5 177	63,85	1 676	20,67	32,4	32,0 ⁴⁾	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Hanau	7 524	94,17	2 406	28,93	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Limburg	5 529	67,54	1 880	22,90	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Main-Taunus-Kreis	10 342	85,52	5 309	27,37	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Oberlahnkreis	3 057	53,96	1 018	18,09	33,5	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	30,0
Ober-Taunus-Kreis	10 960	110,23	5 286	33,67	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Rheingau-Kreis	5 281	91,31	1 584	27,39	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Schlüchtern	2 179	53,55	790	19,41	35,3	35,0 ⁴⁾	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Unter-Taunus-Kreis	3 380	61,71	1 057	19,48	31,8	40,0	36,0	35,0	35,0	34,0	37,0
Ulmring	1 515	55,10	515	18,73	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Wetzlar	11 572	82,16	3 934	27,93	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Reg. Bez. Wiesbaden	77 053	77,26	24 978	25,05	32,4	33,5	33,2	33,1	33,1	33,0	32,9
Land Hessen	252 767	80,73	77 821	24,87	30,8	32,5	32,4	32,5	32,5	32,0	32,4
Rheinland-Pfalz											
Ahrweiler	3 659	69,71	1 538	18,95	27,2	27,5	27,5	27,5	-	27,5	22,5
Altenkirchen (Wtr.)	15 390	122,46	5 046	35,18	28,7	29,0	29,0	29,0	-	29,0	22,6
Birkenfeld	8 353	90,47	2 750	29,85	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	33,0
Cochern	2 384	54,66	709	16,26	29,8	29,8	29,8	29,8	-	29,8	29,8
Koblenz	4 489	60,85	1 250	16,67	27,4	27,4	27,4	27,4	-	27,4	27,4
Kreuznach	10 667	36,10	3 520	28,41	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	33,0
Mayen	10 123	85,70	2 270	19,22	22,4	28,5	28,5	20,4	-	28,5	21,9
Neuwied	10 320	78,00	3 833	29,19	37,1	37,5	37,5	37,5	-	37,5	28,2
St. Goar	3 091	51,87	1 298	25,98	42,0	42,0	42,0	42,0	-	42,0	42,0
St. Goar (Hunsrück)	2 365	56,84	1 071	26,43	46,5	46,5	46,5	46,5	-	46,5	46,5
Zell (Mosel)	2 655	72,35	804	21,91	30,3	36,0	36,0	28,0	-	28,0	28,0
Reg. Bez. Koblenz	73 414	81,52	22 871	25,40	31,2	33,7	33,7	32,2	-	32,9	30,4

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) In Hessen. - 3) Vergnügungssteuer. - 4) Bei Grundsteuer A der Grundbesitzer.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der				
						Steuerkraftszahlen		son- stigen Steuern ²⁾	Schlüssel- zuwei- sungen	
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in vH d. Umlage- kraft	Grundsteuer A B				Gewerbe- steuer
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Berncastel	3 010	54,47	843	15,25	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Bitburg	3 424	61,35	958	17,17	28,0	29,0	29,0	29,0	29,0	24,0
Daun	2 070	53,29	824	21,22	39,8	42,0	42,0	42,0	42,0	31,0
Prüm	1 961	50,21	683	17,47	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8
Saarlouis	2 516	55,89	1 046	23,23	41,6	44,0	44,0	44,0	44,0	33,0
Trier	4 201	48,12	1 355	15,52	32,3	32,3	32,3	32,3	32,3	32,3
Wittlich	2 948	56,53	894	16,96	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Reg. Bez. Trier	20 130	53,90	6 593	17,66	32,8	34,3	34,3	34,3	34,3	30,4
Oberwesterwald-Kreis	3 352	52,00	1 630	25,29	48,6	50,0	50,0	50,0	50,0	40,0
St. Goarshausen	3 651	64,60	1 424	25,19	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Unterlahn-Kreis	3 228	56,56	1 291	22,62	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Unterwesterwald-Kreis	5 457	74,26	2 019	27,48	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Reg. Bez. Montabaur	15 687	62,37	5 364	25,30	40,6	41,5	41,5	41,5	41,5	39,0
Alzey	3 623	58,40	1 413	22,78	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Bingen	6 252	37,38	1 657	23,32	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Mainz	5 280	75,30	1 438	20,67	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2
Worms	3 155	64,79	1 061	21,93	33,8	34,0	34,0	34,0	34,0	25,0
Reg. Bez. Rheinhessen	18 290	72,36	5 569	22,18	30,4	31,7	31,7	31,7	31,7	29,7
Bargzabern	3 411	74,61	1 440	31,48	42,2	43,0	43,0	43,0	43,0	35,0
Frankenthal (Pfalz)	4 296	77,27	1 890	34,00	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Germersheim	4 751	63,15	1 900	25,26	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kaiserslautern	5 285	52,81	2 008	20,07	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Kirchheimbolanden	2 253	64,98	1 127	32,49	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Kusel	4 202	56,24	1 597	21,37	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Landau i. d. Pfalz	3 698	61,73	1 110	18,52	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Ludwigshafen a. Rhein	2 309	55,57	762	18,34	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Neustadt a. d. Weinstraße	7 656	80,61	2 297	24,18	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Pirmasens	4 927	65,21	1 872	24,78	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Rockenhausen	2 080	50,66	873	21,28	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Speyer	1 820	52,62	546	16,09	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Zweibrücken	1 459	49,72	657	22,37	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Reg. Bez. Pfalz	48 146	63,16	18 078	23,71	37,5	38,5	38,5	38,5	38,5	37,9
Land Rheinland-Pfalz	175 667	69,19	59 475	23,43	33,9	36,0	36,0	35,6	35,8	33,7

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) Vergnügungssteuer.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959**

Landkreise	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der				
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Schlüssel- zahlen- weisen- gen gem. § 10 1b FAG	Schlüssel- zahlen- weisen- gen gem. § 10 1a FAG 2)	
						Grund- steuer	Gewer- be- steuer			
										A
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Baden-Württemberg										
Aalen	16 484	119,18	3 462	25,03	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Backnang	10 124	117,64	2 025	23,53	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Böblingen	23 767	179,28	4 040	30,48	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0
Craillheide	6 043	95,83	1 209	19,17	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Esslingen	32 327	172,52	5 020	26,74	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5
Göppingen	31 626	161,40	5 060	25,82	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0
Heidenheim	20 058	183,68	3 711	33,98	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5
Heilbronn	19 053	120,04	3 239	20,41	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0
Künzelsau	3 767	122,11	697	22,59	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5
Loosdorp	12 129	132,43	2 123	23,18	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Ludwigsburg	36 929	160,34	6 175	26,81	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7
Margentheim	4 287	107,14	943	23,57	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Nürtingen	19 567	157,01	4 207	33,76	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5
Öhringen	4 790	111,57	910	21,20	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
Schwäbisch Gmünd	12 854	131,00	2 506	25,54	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5
Schwäbisch Hall	5 697	114,04	938	15,97	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Ulm	8 169	101,74	1 797	22,38	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Vaihingen	9 521	132,91	2 285	31,90	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Wiblingen	25 396	147,59	5 279	29,42	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Reg. Bez. Nordwürttemberg										
	304 646	145,69	55 625	26,24	18,3	18,9	18,9	18,9	18,9	18,9
Baden										
Bruchsal	13 020	113,17	2 734	23,77	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Bühl	6 043	98,39	1 752	28,53	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Heidelberg	16 691	118,74	3 839	27,31	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Karlsruhe	18 306	114,23	3 936	24,56	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5
Mannheim	20 096	151,17	3 718	24,27	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5
Mosbach	5 394	102,96	1 790	28,80	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Pforzheim	7 523	122,91	1 881	30,70	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Sinsheim	7 713	103,33	1 928	25,83	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Tauberbischofsheim	7 754	102,59	2 251	29,75	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Reg. Bez. Nordbaden										
	103 550	114,52	23 830	26,35	23,0	24,4	24,4	24,4	24,4	24,4
Baden										
Bühl	8 503	109,00	1 956	25,07	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Donaueschingen	7 528	116,81	1 581	24,53	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Emmendingen	10 257	102,25	2 257	22,50	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Freiburg	6 288	84,29	1 446	19,39	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Sonderzuweisungen.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959**

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der					
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer	Schlüs-	Schlüs-	
						Grund- steuer	A		B	selzu-	selzu-
										weisun- gen gem. § 10 1b FAG	weisun- gen gem. § 10 1a FAG 2)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Hochschwarzwald	5 031	118,29	1 258	29,57	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	
Kehl	5 432	104,13	1 086	20,83	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	
Konstanz	22 672	148,96	5 101	33,52	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	
Lahr	8 757	111,58	1 883	23,99	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	
Lörrach	18 509	140,40	3 887	29,48	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	
Müllheim	5 956	111,50	1 310	24,53	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	
Offenburg	11 824	121,32	2 720	27,90	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	
Rastatt	19 899	174,65	4 477	39,30	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	
Säckingen	10 331	161,52	1 963	30,69	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	
Stockach	4 461	99,01	937	20,79	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	
Überlingen	5 965	106,38	1 253	22,34	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	
Villingen	14 585	162,97	3 209	40,25	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	
Waldshut	8 731	135,67	2 008	31,20	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	
Wolfach	6 714	130,55	1 208	23,50	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	
Reg. Bez. Südbaden	161 443	129,60	39 539	28,24	21,8	21,7	21,7	21,7	21,7	21,7	
Balingen	14 087	147,07	3 029	31,62	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	
Biberach	11 351	117,00	2 270	23,40	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	
Calw	14 012	122,40	3 223	28,15	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	
Ehingen	5 261	123,46	1 157	27,16	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	
Freudenstadt	7 883	136,87	1 182	20,53	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	
Hechingen	6 023	120,68	1 084	21,72	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	
Horb	3 876	94,56	969	23,64	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	
Münsingen	3 656	94,69	768	19,89	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	
Ravensburg	14 016	136,74	2 663	25,98	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	
Reutlingen	25 184	163,94	3 526	22,95	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	
Rottweil	17 537	146,14	3 157	26,30	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	
Saulgau	7 051	108,44	1 622	24,94	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	
Sigmaringen	5 285	112,47	1 268	26,99	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	
Tettnang	9 889	140,47	1 928	27,39	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	
Tübingen	14 750	122,71	1 652	13,74	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	
Tuttlingen	10 643	140,65	1 809	23,91	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	
Wangen	8 297	120,36	2 074	30,09	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	
Reg. Bez. Südwürttemberg- Hohenzollern	178 801	131,44	33 382	24,54	18,7	19,8	19,8	19,8	19,8	19,8	
Land Baden-Württemberg	768 440	132,84	132 376	26,34	19,8	20,7	20,7	20,7	20,7	20,7	

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Sonderzuweisungen.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959

Landkreise	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagee11)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der			
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer ²⁾	Schließ- selbst- einsparun- gen
						Grundsteuer A	B		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bayern									
Altshach	2 382	60,52	953	24,21	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Altötting	11 326	150,37	4 322	57,76	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2
Bad Aibling	2 881	67,75	1 440	33,88	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Bad Tölz	3 666	98,17	1 466	39,27	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Berchtesgaden	2 898	78,68	1 370	37,39	47,3	57,0	49,0	49,0	23,0
Dachau	5 425	82,53	2 550	38,79	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Ebersberg	3 117	58,13	1 496	27,90	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Erding	4 113	63,07	1 974	30,27	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Freising	3 300	69,17	1 864	39,08	56,5	56,5	56,5	56,5	56,5
Fürstenfeldbruck	5 096	64,21	2 191	27,61	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Garmisch-Partenkirchen	5 841	101,51	1 519	26,39	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Ingoistadt	2 586	55,85	1 437	31,03	55,6	60,0	60,0	55,0	50,0
Landsberg a. Lech	2 205	53,47	934	22,65	42,4	45,0	45,0	40,0	40,0
Laufen	3 048	58,16	1 258	24,00	41,3	41,3	41,3	41,3	41,3
Miesbach	5 537	81,02	2 381	34,84	43,0	47,0	42,0	43,0	41,0
Mühldorf	4 398	74,86	2 160	36,77	49,1	53,0	53,0	48,0	40,0
München	8 393	78,28	3 525	32,88	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Pfaffenhofen a.d. Ilm	3 356	67,82	1 712	34,59	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Rosenheim	5 312	65,46	2 550	31,42	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Schongau	3 602	95,82	1 563	41,59	43,4	43,4	43,4	43,4	43,4
Schrobenhausen	1 835	63,78	903	31,39	49,2	49,2	49,2	49,2	49,2
Starnberg	5 299	77,08	2 173	31,60	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Traunstein	6 880	85,13	3 253	40,25	47,3	70,0	50,0	43,0	30,0
Wasserburg a. Inn	3 203	65,19	1 602	32,60	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Weilheim	4 801	72,30	2 087	31,43	43,5	45,0	45,0	44,0	35,0
Wolfratshausen	2 987	67,93	1 494	33,96	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Reg. Bez. Oberbayern	113 488	78,67	50 176	33,90	44,2	47,3	48,0	45,2	42,8
Bogen	1 416	40,53	892	25,54	63,0	63,0	63,0	63,0	63,0
Deggendorf	2 287	43,71	1 258	24,04	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Dingolfing	2 197	84,46	1 472	43,19	67,0	67,0	67,0	67,0	67,0
Eggenfelden	2 576	53,56	1 340	27,85	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Grafenau	1 647	58,87	988	35,32	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Glabach (a. Rottal)	2 546	62,18	1 400	34,20	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Kelheim	4 695	93,55	2 207	43,97	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Kötzting	1 341	41,96	671	20,98	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Landau a.d. Isar	1 703	54,09	1 047	33,26	61,5	61,5	61,5	61,5	61,5
Landshut	2 656	68,47	1 673	43,14	63,0	63,0	63,0	63,0	63,0
Mainburg	1 540	73,01	947	44,90	61,5	61,5	61,5	61,5	61,5
Mallersdorf	1 678	54,02	1 065	35,33	63,5	63,5	63,5	63,5	63,5
Passau	3 157	53,65	1 420	24,14	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Pfarrkirchen	3 883	76,79	2 232	44,13	57,5	59,0	59,0	59,0	40,0
Regen	2 243	52,72	1 122	26,36	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Rottenburg	1 203	52,94	730	32,15	60,7	62,0	62,0	62,0	50,0
Straubing	1 520	52,72	1 033	35,85	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0
Viechtach	1 434	48,00	717	24,00	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Vilshofen	2 768	57,82	1 140	30,64	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Vilsbiburg	2 768	52,09	1 799	33,86	65,0	65,0	65,0	65,0	65,0
Wegscheid	1 357	59,92	923	40,75	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0
Wolfratshausen	1 730	43,03	982	23,67	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Reg. Bez. Niederbayern	47 728	57,60	27 029	32,62	56,6	57,9	57,9	57,9	56,5

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einschl. Spielbankabgabe.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959

Landkreise	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlageeilt)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der Stauerkraftzahlen			
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Grundsteuer		Gemein- de- steuer ²⁾	Schluß- seizu- weisen- gen
						A	B		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
nach: Bayern									
Ansbach	2 562	60,30	1 304	29,55	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Bayreuth	803	50,06	401	25,03	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Burglengenfeld	4 958	110,27	2 727	60,32	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Chem	1 244	52,08	972	26,04	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Eschenbach i.d.OPf.	1 875	35,29	937	27,70	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Kemnath	1 123	55,51	530	25,16	47,0	55,0	55,0	44,5	42,5
Nehburg	1 782	52,03	1 090	58,30	51,1	66,0	66,0	66,0	40,0
Neumarkt i.d.OPf.	1 575	41,32	772	24,56	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Neunburg vorm. Wald	825	50,39	327	32,15	57,0	57,0	57,0	57,0	57,0
Neustadt a.d. Waldnaab	3 517	57,50	1 771	34,19	50,4	59,0	59,0	48,0	48,0
Oberpfaffenhofen	511	42,60	318	27,15	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Parzberg	1 674	47,47	837	23,73	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Regensburg	4 042	48,97	1 940	25,51	40,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Riedenburg	859	49,77	428	25,38	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Roding	1 298	43,25	653	22,04	50,3	50,8	50,8	50,8	50,8
Sulzbach-Rosenberg	2 037	63,39	835	25,99	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Tirschenreuth	3 637	63,75	1 323	39,07	50,3	50,3	50,3	50,3	50,3
Vohenstrauß	1 230	52,40	709	26,39	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Waldmünchen	871	51,47	476	25,74	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Reg. Bez. Oberpfalz	37 416	59,72	18 298	29,91	50,8	52,1	52,1	50,3	49,4
Bayern									
Bayreuth	2 372	55,56	1 080	23,25	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Coburg	4 650	70,53	1 767	26,64	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Ebernburg	1 170	45,12	582	22,47	49,8	49,8	49,8	49,8	49,8
Fürth	1 349	46,20	860	21,56	47,6	47,6	47,6	47,6	47,6
Höchstädt a.d. Altmühl	2 405	55,35	942	21,69	30,2	53,0	53,0	34,0	34,0
Hof	2 306	69,46	922	27,98	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kronach	4 919	33,04	1 968	25,22	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kulmbach	2 355	67,47	1 131	32,93	48,0	47,0	47,0	49,0	45,0
Lichtenfels	4 858	52,23	2 040	38,99	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Münchberg	3 956	94,51	1 511	56,10	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2
Naila	3 225	91,46	1 347	37,30	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Pegnitz	2 142	59,00	1 007	26,15	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Rehau	1 946	70,73	875	31,35	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Stadtsteinach	1 031	50,11	454	22,05	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Staffelstein	1 307	52,15	640	25,55	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Wunsiedel	4 326	73,56	1 665	28,32	38,5	38,5	38,5	38,5	38,5
Reg. Bez. Oberfranken	49 749	66,63	21 211	29,42	42,5	44,5	44,5	43,2	43,0

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einzähl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einzähl. Spielbankabgabe.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der Steuerkraftzahlen			Schluss- satz- wertaun- gen
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in % d. Um- lage- kraft	Grundsteuer		Gewer- be- steuer ²⁾	
						A	B		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
nach: Bayern									
Ansbach	2 497	48,77	1 240	24,71	48,7	53,0	53,0	48,0	48,0
Dinkelsbühl	2 299	66,28	966	26,68	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Eichstätt	1 511	52,33	641	22,21	42,4	48,0	48,0	38,0	38,0
Erlangen	1 823	61,83	746	25,30	40,9	40,9	40,9	40,9	40,9
Fouchswangen	1 980	84,48	813	23,96	44,0	53,0	53,0	40,0	40,0
Fürth	3 795	52,90	1 518	25,12	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Gemünden	1 985	81,00	1 032	26,52	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Hersbruck	2 045	62,27	972	30,08	47,5	47,5	47,5	47,5	47,5
Hilpoltstein	1 553	30,37	684	22,16	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Lauf (Pegnitz)	5 143	109,77	2 315	49,40	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Neustadt a.d. Aisch	2 477	30,30	1 139	28,01	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Münchberg	3 338	68,26	1 536	31,40	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Rothenburg o.d.T.	982	46,12	473	24,44	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Scheinfeld	1 137	54,41	557	26,56	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Schweibauch	3 869	71,48	1 819	33,60	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Uffenheim	2 451	64,92	1 230	32,46	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Weidenburg i. Bay.	2 034	56,50	915	25,42	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Reg. Bez. Mittelfranken	40 712	63,27	18 597	28,90	45,7	47,1	47,1	45,5	45,5
Alzenau i. Ufr.	2 861	63,76	1 057	23,56	37,0	45,0	45,0	35,0	35,0
Ansbach	4 361	55,99	1 308	19,80	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Bad Kissingen	1 797	43,76	1 043	25,38	58,0	58,0	58,0	58,0	58,0
Bad Neustadt a.d. Saale	2 291	69,43	1 054	31,95	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Brückensau	1 121	53,20	485	25,18	43,3	50,0	50,0	40,0	40,0
Ebern	1 424	58,12	719	29,35	50,5	50,5	50,5	50,5	50,5
Gemünden	1 182	56,75	508	24,40	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Geroitzhofen	2 182	55,75	1 091	27,87	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Hammelburg	1 233	45,64	740	29,19	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Hallertau	2 445	57,37	1 100	25,81	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Hofheim i. Ufr.	987	52,34	431	23,33	44,6	52,0	50,0	40,0	40,0
Karlstadt	2 747	70,25	1 209	30,92	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Kitzingen	1 909	52,24	993	27,17	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Königsbrunn i. Grafelfeld	870	49,53	442	25,18	50,9	52,0	52,0	49,0	52,0
Lothar u. Main	2 297	68,35	1 148	34,17	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Marktheidenfeld	2 458	62,95	1 136	29,10	45,5	45,5	45,5	45,5	45,5
Mellrichstadt	1 162	33,03	475	21,68	40,9	44,5	44,5	39,0	39,0
Miltenberg	2 366	57,16	1 136	32,24	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Oberrhein	5 219	36,27	2 088	38,51	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Ochsenfurt	2 907	81,90	1 424	40,13	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Schweinfurt	3 001	50,00	1 110	18,50	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Würzburg	3 244	47,95	941	13,91	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Reg. Bez. Unterfranken	50 083	61,41	21 638	26,53	43,2	46,4	46,3	44,5	44,7

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einschl. Spielbankabgabe.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise des Bundesgebietes
im Rechnungsjahr 1959

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ : vH der Steuerkraftzahlen				Schlüs- selzu- weisun- gen
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in vH d. Um- lage- kraft	Grundsteuer		Gewer- be- steuer ²⁾		
						A	B			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
noch: Bayern										
Augeburg	8 121	83,28	2 577	26,42	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7	
Dillingen a.d. Donau	4 019	78,74	1 698	33,07	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	
Donauwörth	3 407	61,88	1 277	23,20	37,5	37,5	37,5	37,5	37,5	
Friedberg	2 563	68,95	1 153	31,03	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	
Füssen	2 490	75,04	959	28,12	38,5	38,5	38,5	38,5	38,5	
Günzburg	2 996	61,35	990	20,28	33,0	33,0	33,0	32,2	32,2	
Illertissen	3 890	100,36	1 556	40,35	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	
Kaufbeuren	2 238	62,64	1 045	29,25	46,7	49,5	49,5	44,5	44,5	
Kempten (Allgäu)	4 206	83,54	1 556	30,84	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0	
Kraumbach (Schwaben)	2 354	69,22	998	29,35	42,4	42,4	42,4	42,4	42,4	
Lindau (Bodensee)	3 071	78,53	1 413	36,17	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0	
Marktoberdorf	3 731	98,39	1 604	42,31	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0	
Memmingen	3 292	69,11	1 481	31,10	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	
Mindelheim	3 859	73,87	1 544	30,33	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	
Neuburg a.d. Donau	2 627	67,22	1 116	28,57	42,5	42,5	42,5	42,5	42,5	
Neu-Ulm	2 994	63,84	1 236	26,37	41,3	41,3	41,3	41,3	41,3	
Nördlingen	1 788	50,39	992	27,97	55,5	55,5	55,5	55,5	55,5	
Schwabmünchen	2 787	63,96	1 129	25,90	40,5	40,5	40,5	40,5	40,5	
Sonthofen	5 724	85,38	2 558	38,16	44,7	44,7	44,7	44,7	44,7	
Wertingen	2 853	90,11	1 316	41,57	46,1	60,0	60,0	42,0	42,0	
Reg. Bez. Schwaben	69 008	74,87	28 189	30,59	40,9	42,9	42,9	41,6	41,6	
Land Bayern	408 164	67,18	185 838	30,59	45,5	48,4	48,2	47,1	46,2	

1) Für Regierungsbezirk und Land; Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einschl. Spielbankabgabe.

D. Anhang

Gesetzliche Bestimmungen der Länder des Bundesgebietes über die Erhebung der Kreisumlage für das Rechnungsjahr 1959

(Auszüge aus den Finanzausgleichsgesetzen der Länder)

Schleswig-Holstein

Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein
(Finanzausgleichsgesetz) in der ab 1. April 1958 geltenden
Fassung vom 3.2.1958

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 23 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Kreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird für jedes Rechnungsjahr in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen (§9) sowie 70 vH der allgemeinen Schlüsselzuweisungen (§ 7 Abs.2), jedoch ohne die Sonderschlüsselzuweisungen (§ 7 Abs. 3).

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde. Der Umlagesatz der Schlüsselzuweisungen darf nicht höher sein als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.

(4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde außerdem dann, wenn ein Umlagesatz auf mehr als ein Drittel festgelegt werden soll. Der Innenminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Genehmigungspflicht für die Höhe der Umlagesätze abweichend von Satz 1 festzusetzen, wenn den Kreisen oder Gemeinden durch Gesetz neue Aufgaben übertragen oder ihre bestehenden Pflichten erweitert oder vermindert werden und sich dadurch das Verhältnis der Ausgabenbelastung zwischen Kreisen und Gemeinden wesentlich verändert.

(5) Die geltenden Bestimmungen über die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt.

(6) Die Kreisumlage ist monatlich zu zahlen. Für rückständige Beträge können mit Zustimmung des Innenministers Verzugszinsen erhoben werden.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 9 Abs. 1 bis 3 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 140 vH der Meßbeträge,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken
140 vH der ersten 20 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
160 vH der weiteren 100 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
200 vH der weiteren 400 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
250 vH der weiteren Meßbeträge,
3. 70 vH der gemäß § 13 dieses Gesetzes gewährten Grundsteuerausfallentschädigung,
4. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital 210 vH der Meßbeträge. Die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden mit 70 vH des im vergangenen Kalenderjahr gezahlten Betrages von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und mit 35 vH den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt.

(3) Wenn die Summe der Mehrbelastung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in einer Gemeinde seit dem 1. Januar 1935 durch Umlagen von Deichverbänden und Wasser- und Bodenverbänden mehr als 40 vH der Summe der Steuermeßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in der Gemeinde beträgt, so ermäßigt sich die Steuerkraftzahl für diese Steuer um 20 vH des Mehrbetrages. Der Berechnung der Mehrbelastung ist der Jahresbetrag der Umlagen nach dem Stand vom 1. Dezember 1949 zugrunde zu legen. Die Vorschriften gelten entsprechend für die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer von den Grundstücken mit der Maßgabe, daß bei Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern an die Stelle von 40 vH der Steuermeßbeträge der Satz von 60 vH tritt.

III. Meßbeträge

§ 9 Abs. 4 FAG

(4) Als Meßbeträge sind anzusetzen:

1. Die Meßbeträge der Grundsteuer nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse vom 15. November des vergangenen Jahres.

Hiervon werden abgezogen:

- a) die Meßbeträge, welche auf die im vergangenen Kalenderjahr gemäß §§ 26a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGB I S. 519) erlassenen Grundsteuern entfallen.

- b) die Meßbeträge, welche im letzten Anschreibungsjahr mit rückwirkender Kraft von den Finanzämtern als Abgänge angeschrieben sind, soweit die Rückwirkung in der Abschlußsumme am 15. November des vergangenen Jahres nicht berücksichtigt ist.

Voraussetzung für den Abzug ist, daß die Meßbeträge zu a) und b) zusammen mehr als 5 vH der Summe der Meßbeträge nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse vom 15. November des vergangenen Kalenderjahres betragen.

2. Die Gewerbesteuermeßbeträge, die sich ergeben, wenn das Aufkommen an Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im vergangenen Kalenderjahr durch den Hebesatz für das vergangene Rechnungsjahr geteilt wird. Der Innenminister ist im Einvernehmen mit dem Finanzminister ermächtigt zu bestimmen, von welchem Zeitpunkt ab die Gewerbesteuermeßbeträge nach den von den Finanzämtern geführten Meßbetragsverzeichnissen zu berechnen sind; für eine Übergangszeit kann neben den Meßbetragsverzeichnissen noch das Istaufkommen als Grundlage hinzugezogen werden. Der Innenminister erläßt im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Richtlinien über die Berechnung der Gewerbesteuermeßbeträge.

Niedersachsen

Niedersächsisches Finanzausgleichsgesetz - NFAG - in der Fassung vom 23. April 1957

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 38 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr (Umlagejahr) neu festzusetzen. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) festgesetzten Steuerkraftzahlen (§§ 5 bis 7) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen, die sie für das Umlagejahr zu beanspruchen haben (§§ 2 bis 9). Die Summe dieser Umlagegrundlagen ergibt die Umlagekraftmeßzahl. Soweit die Meßbeträge aus dem Grund- oder Gewerbesteuer-Istaufkommen zu ermitteln sind, ist - abweichend von § 6 Abs. 3 und 4 - das Istaufkommen des vergangenen Rechnungsjahres zugrunde zu legen.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und den Schlüsselzuweisungen (einschließlich Sonderzuweisungen - § 9 -) als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Der Minister des Innern kann Ausnahmen zulassen.

(4) Die gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke können mit einem besonderen Umlagesatz zur Kreisumlage herangezogen werden, soweit ihre Belastung durch die Kreisumlage und die sonstigen öffentlichen Lasten insgesamt der durchschnittlichen Anspannung der Realsteuern in den Gemeinden des Landkreises nicht entspricht.

(5) Die Umlagesätze können im Laufe des Umlagejahres einmal geändert werden. Die Nachtragshaushaltssatzung über die Änderung der Umlagesätze muß vor dem 15. November beschlossen und die Änderung den Umlagepflichtigen unverzüglich mitgeteilt werden. Die Änderung der Umlagesätze wirkt auf den Beginn des Umlagejahres zurück.

(6) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

§ 39 Abs. 1 und 2 FAG

(1) Wenn Einrichtungen des Kreises einzelnen kreisangehörigen Gemeinden in besonders hohem oder besonders geringem Maße zugute kommen, kann der Kreis, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Vereinbarungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen, diese Unterschiede bei der Heranziehung zur Kreisumlage angemessen berücksichtigen. Soweit es sich hierbei um soziale Einrichtungen handelt, ist der Kreis zur Berücksichtigung verpflichtet.

(2) Bei der Heranziehung zur Kreisumlage kann, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Vereinbarungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen, auch die außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, die einzelnen kreisangehörigen Gemeinden daraus erwächst, daß sie Einrichtungen unterhalten, die auch der übrigen Bevölkerung des Kreises oder einzelnen Kreisteilen in besonderem Maße zustatten kommen. Der Landkreis ist bei sozialen Einrichtungen zur Berücksichtigung verpflichtet, wenn er den Antrag einer Gemeinde, die Einrichtung auf den Kreis zu übernehmen oder sie nach Maßgabe des Zweckverbandsgesetzes gemeinschaftlich mit der Gemeinde zu unterhalten, abgelehnt hat. Treffen Gemeinden nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Einrichtungen der in Absatz 2, Satz 2 genannten Art, so entsteht eine Ausgleichsverpflichtung des Kreises nur auf Grund entsprechender Vereinbarungen. Das gilt auch für die Erweiterung oder wesentliche Veränderung bestehender Einrichtungen.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 5 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl (§ 2 Abs. 3) wird gefunden, indem die Meßbeträge der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit besonderen Durchschnittshebesätzen vervielfältigt und als Steuerkraftzahlen zusammengezählt werden.

(2) Für die Berechnung der Steuerkraftmeßzahl (Absatz 1) werden als Steuerkraftzahl angesetzt

	vom Hundert
a) Bei der Grundsteuer A (von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) die Meßbeträge mit	100
b) bei der Grundsteuer B (von den Grundstücken) die ersten 20 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit	120
die weiteren 100 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit	160
die weiteren 400 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit	200
die weiteren 4 000 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit	220
die weiteren Meßbeträge mit	240
c) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit	200

(3) In den Fällen des Grundsteuerausgleichs gemäß § 37 der Grundsteuer-Durchführungsverordnung werden die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Beteiligungsbetrag für das dem Abschluß der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse voraufgegangene Rechnungsjahr berechnet worden ist, von den Grundsteuermeßbeträgen (Absatz 2 Buchst. b) der Sitzgemeinden abgesetzt und den Meßbeträgen der Belegenheitsgemeinden hinzugefügt.

(4) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden mit 50 vom Hundert ihres Betrags von den Gewerbesteuermeßbeträgen (Absatz 2 Buchst. c) der Betriebsgemeinden abgesetzt und den Meßbeträgen der Wohngemeinden hinzugefügt.

III. Meßbeträge

§ 6 FAG

(1) Die Meßbeträge der Grundsteuer A (von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) und B (von den Grundstücken) sind den Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnissen nach dem Stande vom 15. November des vergangenen Rechnungsjahres zu entnehmen.

(2) Soweit die in den Grundsteuermeßbetragsverzeichnissen enthaltenen Meßbeträge auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe, auf Grundstücke oder Grundstücksteile, deren Grundsteuer ganz oder teilweise auf Grund der §§ 26a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (Bundesgesetzblatt I S. 519) sowie der Grundsteuererlaßverordnung vom 26. März 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 209) erlassen werden mußte, entfallen und die Summe dieser Meßbeträge größer ist als 5 vom Hundert der Abschlußsumme der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse, sind die übersteigenden Meßbeträge auf Antrag von der Abschlußsumme abzusetzen. Anträge auf Absetzung sind innerhalb eines

Monats nach dem Abschlußtag der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse (Absatz 1) bei der vom Minister der Finanzen zu bestimmenden Stelle einzureichen.

(3) Die Grundsteuermeßbeträge der kriegszerstörten kreisfreien Städte, denen schlüsselmäßige Wiederaufbauzuschüsse gewährt werden (§ 20), sind auf Antrag nicht den Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnissen (Absätze 1 und 2) zu entnehmen, sondern in der Weise zu errechnen, daß das Istaufkommen der Grundsteuer A und B im vorvergangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird.

(4) Die Gewerbesteuermeßbeträge sind so zu errechnen, daß das Istaufkommen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im vorvergangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird.

(5) Als Grund- und Gewerbesteuer-Istaufkommen (Absätze 3 und 4) rechnen alle in den Kassenbüchern des maßgebenden Rechnungsjahres (einschließlich Auslaufbuchungen) vereinnahmten Grund- und Gewerbesteuern ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt worden sind.

Nordrhein-Westfalen

Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1959 vom 29.4.1959

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 20 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises den Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) geltenden Steuerkraftzahlen (§6) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen bemessen.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und der Grundsteuerergänzungszuschüsse und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

(4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde außerdem dann, wenn der Umlagesatz auf mehr als 30 vH festgesetzt oder gegenüber dem Vorjahr erhöht werden soll.

(5) Die Bestimmungen über die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt mit der Maßgabe, daß in § 10 Abs. 1 Satz 1 des Preußischen Kreis- und Provinzialabgabengesetzes und in § 21 Satz 1 des Lippischen Gemeindeabgabengesetzes in der zur Zeit geltenden Fassung das Wort "kann" durch das Wort "soll" ersetzt wird.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 6 Abs. 1 und 2a, b, c 1. Absatz und d FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinde geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt

a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 80 vH;

b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge mit	120 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge mit	160 vH,
die weiteren	400 000 DM der Meßbeträge mit	200 vH,
die weiteren	4 000 000 DM der Meßbeträge mit	220 vH,
die weiteren	Meßbeträge mit	240 vH;

c) die nach § 3 Abs. 1 Buchst. a zu gewährenden Grundsteuererergänzungszuschüsse;

d) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital das durch den Hebesatz für das dem Finanzausgleichsjahr vorausgegangene Kalenderjahr geteilte und auf einen Hebesatz von 200 vH umgerechnete Ist-Aufkommen in diesem Kalenderjahr, vermehrt um die Hälfte der Ist-Einnahmen und vermindert um die vollen Ist-Ausgaben an Gewerbesteuer- ausgleichsbeträgen.

III. Meßbeträge

§ 6 FAG, Abs. 2c 2. Absatz

Der Berechnung zu Buchstabe a und b sind die von den Finanzämtern in dem letzten, vor Beginn des Finanzausgleichsjahres endenden Anschreibungsjahr angeschriebenen Grundsteuermeßbeträge zugrunde zu legen, nach Abzug der Meßbeträge, die auf die wegen Kriegszerstörungen oder Demontagen in dem vorletzten Rechnungsjahr vor Beginn des Finanzausgleichsjahres erlassene Grundsteuer entfallen.

(Wegen Gewerbesteuer von Ertrag und Kapital siehe unter II. (2) d.)

Hessen

Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) in der Fassung vom 27.3.1958
Ausführungsbestimmungen zum Finanzausgleichsgesetz für
das Ausgleichsjahr 1959 vom 19.6.1959

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 14 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen der Landkreise zum Ausgleich des Haushalts nicht ausreichen, haben die Landkreise eine Kreisumlage von ihren Gemeinden und den gemeindefreien Grundstücken zu erheben.

(2) Umlagegrundlagen sind:

1. Die Steuerkraftmeßzahlen gemäß § 7 mit der Maßgabe, daß die Gewerbesteuerzuschüsse in voller Höhe den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt werden; sie werden um den Betrag erhöht, um den die Steuerkraftmeßzahlen einzelner Gemeinden 160 vom Hundert der Bedarfsmeßzahlen übersteigen; dies gilt nicht, wenn in dem Rechnungsjahr, für das die Kreisumlage beschlossen wird, die Steuerkraftmeßzahl der Gemeinde 160 vom Hundert der Bedarfsmeßzahl nicht mehr übersteigt.
2. 75 vom Hundert der Gemeindeschlüsselzuweisungen. Änderungen auf Grund des § 8 Abs. 5 bleiben unberücksichtigt.
3. Die Einnahmen der Gemeinden an Vergnügungssteuer in dem Kalenderjahr, das dem Ausgleichsjahr vorangeht.

(3) Die Umlagen sollen 32 vom Hundert der Umlagegrundlagen nicht übersteigen. Die Aufsichtsbehörde kann einen höheren Umlagesatz genehmigen. Der Umlagesatz kann nach dem 30. November des jeweils laufenden Rechnungsjahres nicht mehr erhöht werden.

(4) Die gemeindefreien Grundstücke und die Gemeinden, deren Steuerhebesätze erheblich unter dem Kreisdurchschnitt liegen, sind mit einem besonderen Vomhundertsatz der Umlagegrundlagen heranzuziehen.

(5) Das Nähere über das Verhältnis der Umlagesätze und über die Heranziehung der gemeindefreien Grundstücke sowie der Gemeinden, deren Steuerhebesätze unter dem Kreisdurchschnitt liegen, bestimmen der Minister der Finanzen und der Minister des Innern.

Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1959

Zu § 14 FAG

Abs. 1

Es ist darauf zu achten, daß nur die auf Grund einer sparsamen Haushaltswirtschaft erforderlichen Umlagen erhoben werden.

Abs. 2

Die Ausführungsbestimmungen zu § 7 gelten entsprechend. Anträge auf Berichtigung der Umlagegrundlagen gemäß Nr. 1 letzter Halbsatz sind dem Minister der Finanzen auf dem Dienstwege spätestens bis zum 15.5.1960 vorzulegen. In diesen Fällen gelten die Ausführungsbestimmungen zu § 6 Abs. 2 und § 7 mit der Maßgabe, daß

- a) der Berechnung der Bedarfsmeßzahlen die Einwohnerzahlen nach den Fortschreibungsergebnissen vom 30.6.1959,
- b) der Berechnung der Steuerkraftzahlen
 - aa) die Meßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und den Grundstücken nach dem Stand vom 1.10.1959,
 - bb) die Grundbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1.4.1959 bis 31.3.1960 ermittelt werden,
 - cc) die Gewerbesteuerausgleichsbeträge nach den vom 1.4.1959 bis 31.3.1960 geleisteten Zahlungen zugrunde zu legen sind.

Die Einnahmen der Gemeinden und der Landkreise an Vergnügungssteuer sind den kassenmäßigen Zahlungen nach den Meldungen zur Vierteljahresstatistik zu entnehmen.

Abs. 3 bis 5

- a) Die Landkreise können die Umlagegrundlagen mit unterschiedlichen Hundertsätzen zur Kreisumlage heranziehen. Eine unterschiedliche Heranziehung bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten, wenn der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Hundertsatz mehr als 29 vH des höchsten Umlagesatzes beträgt. Werden die Umlagegrundlagen unterschiedlich zur Umlage herangezogen, sind die Beträge, um die die Umlagegrundlagen nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 erhöht werden, mit mindestens 80 vH des höchsten Umlagesatzes zu belasten. Die Schlüsselzuweisungen und die Einnahmen an Vergnügungssteuer dürfen nicht mit dem höchsten Satz zur Umlage herangezogen werden.
- b) Wird der Umlagesatz erhöht, muß die Haushaltssatzung bis 30.11.1959 beschlossen - soweit erforderlich genehmigt - und veröffentlicht worden sein.
- c) Abs. 3 gilt nicht für gemeindefreie Grundstücke. Die Landkreise können den Umlagesatz für die gemeindefreien Grundstücke bis zu 85 vH der Umlagegrundlagen festsetzen. Das gilt auch für die Forstgutsbezirke Reinhardswald, Kaufunger Wald und Spessart. Ruhen andere als Wegebaukosten auf den gemeindefreien Grundstücken, ist der Umlagesatz entsprechend der Belastung herabzusetzen, höchstens jedoch auf den für Gemeinden geltenden Umlagesatz. Wenn sich auf gemeindefreien Grundstücken Gewerbebetriebe befinden, sind bei der Berechnung der Um-

lagegrundlagen als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer 245 vH der vom zuständigen Finanzamt zuletzt festgesetzten Gewerbesteuermeßbeträge anzusetzen.

- d) Gemeinden, deren Realsteuerhebesätze im Rechnungsjahr 1958 unter dem Kreisdurchschnitt lagen, sind zu einer Sonderumlage heranzuziehen, wenn das Soll-Aufkommen einer Gemeinde aus Grundsteuern, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer im Rechnungsjahr 1958 weniger als 75 vH des Aufkommens betrug, das nach dem einfachen Kreisdurchschnitt 1958 (nicht gewogener Kreisdurchschnitt) der Grundsteuerhebesätze und der Gewerbesteuerhebesätze nach Ertrag und Kapital hätte erzielt werden können. Sollaufkommen ist das Jahresanordnungssoll der Grundsteuer, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer nach der Kassenrechnung des Rechnungsjahres 1958 (§§ 85 bis 89 KuRVO).

Umlagegrundlage für die Sonderumlage ist der Unterschiedsbetrag zwischen Realsteuersollaufkommen 1958 nach den tatsächlichen Hebesätzen der Gemeinde und dem Aufkommen nach den Durchschnittshebesätzen 1958 des Kreises. Der Hebesatz für die Sonderumlage beträgt mindestens 50 vH, höchstens 150 vH des allgemeinen Kreisumlagehebesatzes. Bei unterschiedlicher Heranziehung der Umlagegrundlagen zur Kreisumlage ist von dem durchschnittlichen Hebesatz auszugehen. Der Hebesatz für die Sonderumlage ist in der Haushaltssatzung 1959 bis spätestens zum 30.11.1959 festzusetzen. Auf gemeindefreie Grundstücke ist diese Vorschrift nicht anwendbar.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 7 FAG

Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem für jede Gemeinde die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden. Es werden angesetzt:

1. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vom Hundert,
2. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 130 vH,
die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 175 vH,
die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren 2 000 000 DM der Meßbeträge mit 240 vH,
die weiteren DM der Meßbeträge mit 260 vH,

in den Gemeinden des Regierungsbezirks Darmstadt werden für die Feststellung der Steuerkraftzahlen die Meßbeträge der Grundsteuer von den Grundstücken um 1/6 gekürzt,

3. als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen ermittelt werden, mit 245 vom Hundert. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen.
Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt (für Berechnung der Kreisumlage siehe § 14 (2) 1).

III. Meßbeträge

Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1959

Zu § 7 FAG

Bei der Berechnung der Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt:

- a) für die Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und für die Grundsteuer der Grundstücke die Meßbeträge nach dem Stand vom 1. Oktober 1958;
- b) für die Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1. Oktober 1957 bis 30. September 1958 ermittelt werden. Hierbei wird das Ist-Aufkommen jedes Vierteljahres durch den jeweils festgesetzten Hebesatz geteilt; Ist ein Hebesatz geändert, so ist er für die Berechnung des Grundbetrages erst von dem Vierteljahr an zugrunde zu legen, in dem die Änderung beschlossen worden ist;
- c) für die Gewerbesteuerausgleichsbeträge, die vom 1. Oktober 1957 bis zum 30. September 1958 geleisteten Zahlungen.

Das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden aus den kassenmäßigen Zahlungen nach den Meldungen zur Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen ermittelt.

Rheinland-Pfalz

Landesgesetz über den Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz (Finanzausgleichsgesetz) vom 2.4.1958. Erste Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 19.3.1958.

Landesverordnung zur Ergänzung der Ersten Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes vom 12.3.1958.

Landesverordnung zur Änderung und Ergänzung der Ersten Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes vom 11.11.1959.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 22 FAG

(1) Die Kreisumlage, die die Landkreise nach § 26 der Landkreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücken erheben, ist für jedes Rechnungsjahr in der Haushaltssatzung neu festzusetzen. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Steuerkraftzahlen (§ 5), 75 vH der Schlüsselzuweisungen (§ 3), auf die sie im vorangegangenen Rechnungsjahr Anspruch haben, sowie das Aufkommen an Vergnügungssteuer im vorangegangenen Kalenderjahr. Die Hundertsätze (Umlagesätze) müssen für alle Gemeinden des Landkreises gleich sein.

(2) Werden die Umlagesätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern, von der Vergnügungssteuer und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt, verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein als die übrigen Umlagesätze.

(3) Die Landkreise haben kreisangehörigen Gemeinden, die ein eigenes Jugendamt oder eine eigene Berufsschule unterhalten, im Rahmen ihrer Finanzkraft zu dieser Sonderbelastung auf Antrag eine angemessene Beihilfe zu gewähren. Die Beihilfe ist mit der Kreisumlage zu verrechnen. Kommt zwischen dem Landkreis und der Gemeinde keine Einigung zustande, so entscheidet eine Schiedsstelle, die die Beteiligten vereinbaren.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 5 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vH,

b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge mit	140 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge mit	175 vH,
die weiteren	1 000 000 DM der Meßbeträge mit	210 vH,
die weiteren Meßbeträge		mit 230 vH,

c) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit 240 vH.

Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinde abgesetzt und mit 75 vH ihres Betrages den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinde hinzugefügt.

Grundsteuerausgleich in der Pfalz

§ 31 FAG

Solange in der Pfalz gemäß § 37 der Grundsteuerdurchführungsverordnung in der Fassung vom 29. Januar 1952 (BGBl. I S. 79) ein Grundsteuerausgleich durchgeführt wird, sind die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Ausgleich berechnet wird, von den Meßbeträgen der zahlenden Gemeinde abzusetzen und den Meßbeträgen der empfangenden Gemeinde zuzusetzen.

III. Meßbeträge

§ 1 Absatz 2, 3 und 4 der Ersten Landesverordnung

(2) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Grundsteuer A und B sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand vom 30. November des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Die Meßbeträge der Ausfälle die gemäß den §§ 26a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in dem Rechnungsjahr entstanden sind, das dem in Satz 1 genannten Stichtag vorangegangen ist, sind abzusetzen. Ebenso sind die Meßbeträge für Grundstücke abzusetzen, für die aus anderen als Billigkeitsgründen keine Grundsteuer gezahlt wird. Ersatzleistungen für Grundsteuerausfälle sind - in Meßbeträge umgewandelt - den Meßbeträgen hinzuzurechnen. Für den Grundsteuerausgleich im Regierungsbezirk Pfalz sind die Ausgleichsmeßbeträge zu berücksichtigen, die für das Rechnungsjahr festgesetzt wurden, das dem in Satz 1 genannten Stichtag vorangegangen ist.

(3) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand des letzten, vollständig veranlagten Jahres, bis 30. November des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Die für die zurückliegenden Kalenderjahre nachträglich festgesetzten und bisher nicht berücksichtigten Meßbeträge sind einzubeziehen. Das gleiche gilt für nach dem 30. November ermittelte Meßbeträge und Zerlegungsanteile des Erhebungszeitraums, sofern sie die Steuerkraft der Gemeinde erheblich beeinflussen. Ersatzleistungen für Gewerbesteuerausfälle sind - in Meßbeträge umgewandelt - den Meßbeträgen hinzuzurechnen.

(4) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse sind der Gemeindefinanzstatistik (Ist-Beträge der Jahresrechnungsstatistik) für das Rechnungsjahr zu entnehmen, das dem in Absatz 3 bezeichneten Stichtag vorangegangen ist.

Baden-Württemberg

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden sowie den Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg (Finanzausgleichsgesetz - FAG) vom 21. Januar 1958

Verordnung des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Rechnungsjahr 1959 (FAG DV 1959) vom 19. Juni 1959

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 19 Abs. 1, 2, 3 und 6 Satz 1 FAG

(1) Maßstab für die Kreisumlage, die Landesfürsorgeumlage, die Umlage des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande sowie für ähnliche Umlagen sind die nach Abs. 2 und Abs. 3 festgestellten Steuerkraftsummen der Gemeinden und Landkreise.

(2) Die Steuerkraftsumme einer Gemeinde für ein Rechnungsjahr setzt sich zusammen

- a) aus ihrer für das gleiche Rechnungsjahr nach § 14 festgestellten Steuerkraft-Meßzahl,
- b) aus 100 vH der Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen, die der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Buchst. a) und § 11 für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr zugeflossen sind.

(3) Abs. 2 gilt für Stadtkreise entsprechend. Die Steuerkraftsumme eines Landkreises setzt sich aus den Steuerkraftsummen seiner Gemeinden zusammen.

(6) Die Kreisumlage ist in einem Hundertsatz (Hebesatz) der nach Abs. 2 festgestellten Steuerkraftsummen der zum Landkreise gehörigen Gemeinden festzusetzen.

§ 6 FAGDV 1959: Zu § 21 Absatz 5 FAG

Bei der Feststellung der Steuerkraftsummen (§ 19 Abs. 2 und 3 FAG) werden die Sonderzuweisungen nach § 11 mit der Hälfte ihres für das Rechnungsjahr 1958 festgestellten Betrages angesetzt.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

§ 14 Abs. 1 bis 3 FAG

(1) Die Steuerkraft-Meßzahl (§ 10 Abs. 2) setzt sich für jede Gemeinde zusammen aus

- a) 150 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer A,
- b) 150 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer B,
- c) 275 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Gewerbesteuer-Meßbeträge und Zerlegungsanteile,
- d) 100 vH der Schlüsselzuweisungen, die der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Buchst. b) für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr zugeflossen sind,

e) 100 vH des Zuschusses aus dem kommunalen Notstock für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr, soweit dieser Zuschuß die Grundsteuerausfälle ersetzt.

(2) Das Innenministerium und das Finanzministerium bestimmen durch Rechtsverordnung

- a) den Stichtag für die Ermittlung der Summe der Grundsteuer-Meßbeträge (Abs. 1 Buchst. a und b),
- b) den Anschreibungszeitraum, nach dessen Ergebnis die Summe der Gewerbesteuer-Meßbeträge und -Zerlegungsanteile (Abs. 1 Buchst. c) zu ermitteln ist,
- c) den Zeitraum und die Grundlagen für die Ermittlung des durch die Kriegszerstörung entstandenen Einnahmeausfalls der Grundsteuer (Abs. 1 Buchst. e).

(3) Vor der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl einer Gemeinde wird die für sie nach Abs. 1 Buchst. c) ermittelte Teilmeßzahl der Gewerbesteuer

- a) erhöht um das Soll der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse, die die Gemeinde als Wohngemeinde für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr erhalten oder noch zu fordern hat,
- b) vermindert um das Soll der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse, die die Gemeinde als Betriebsgemeinde für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr gezahlt oder noch zu zahlen hat.

III. Meßbeträge

§ 5 FAGDV 1959: Zu § 14 Abs. 2 FAG

(1) Bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl der einzelnen Gemeinde werden zugrunde gelegt:

1. die Summe der bis zum 15. November 1958 für die Gemeinde festgesetzten und angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer A und der Grundsteuer B,
2. die Summe der Gewerbesteuer-Meßbeträge und -Zerlegungsanteile, die für die Gemeinde angeschrieben worden sind,
 - a) bei Gewerbebetrieben natürlicher Personen und bei Gesellschaften im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Gewerbesteuergesetzes in der Zeit vom 1. Oktober 1957 bis 31. Januar 1959,
 - b) bei anderen Unternehmen in der Zeit vom 1. Oktober 1957 bis 30. September 1958.

(2) Der Anschreibungssumme nach Abs. 1 Nr. 2 sind vor dem 1. Oktober 1957 für den Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) 1956 angeschriebene Meßbeträge oder Zerlegungsanteile insoweit zuzurechnen, als sie nicht bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1958 oder früher berücksichtigt worden sind. Von der Anschreibungssumme sind solche Teile

abzusetzen, die bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1958 oder früher berücksichtigt worden sind.

(3) Die Anschreibungssumme nach Abs. 1 Nr. 2 kann gegen späteren Ausgleich entsprechend ermäßigt werden, wenn ein für die Steuerkraft-Meßzahl der Gemeinde stark ins Gewicht fallender Meßbetrag oder Zerlegungsteil

- 1) in der Anschreibungssumme oder im Ergebnis einer vorangegangenen Anschreibung enthalten ist und sich später erheblich ermäßigt hat oder voraussichtlich erheblich ermäßigen wird,
- 2) für die Erhebungszeiträume 1957, 1958 oder 1959 in der Anschreibungssumme enthalten ist.

(4) Vor einer Anordnung im Sinne von Abs. 3 ist die Gemeinde zu hören, bei kreisangehörigen Gemeinden auch der Landkreis.

Bayern

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz - FAG) in der Fassung vom 15.5.1959

Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes (FAGDV 1957) vom 8. August 1957

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 18 FAG

(1) Die Landkreise legen ihren durch die sonstigen Einnahmen nicht gedeckten Bedarf auf die kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke um (Kreisumlage).

(2) Die Umlagebeschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn das Umlagesoll das des vorausgegangenen Rechnungsjahres um mehr als 20 vH übersteigt.

(3) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen, Umlagegrundlagen für die Kreisumlagen sind die für die kreisangehörigen Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Realsteuerkraftzahlen (Art. 23) sowie vier Fünftel der Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden des vorangegangenen Rechnungsjahres. Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze) verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen; bei stärkerer Abweichung bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein, als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.

Art. 20 FAG

Für einzelne kreisangehörige Gemeinden (gemeindefreie Grundstücke) können je nach Teilnahme an den Vorteilen einer Einrichtung des Landkreises die Hundertsätze nach Art. 18 Abs. 3 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhöht werden.

Art. 19 Abs. 2 FAG

(2) Die Umlagesätze können im Laufe eines Rechnungsjahres einmal geändert werden. Die Änderung der Umlagesätze muß vor dem 1. Dezember vorgenommen und den kreisangehörigen Gemeinden (den Eigentümern gemeindefreier Grundstücke) unverzüglich mitgeteilt werden. Die Änderung der Umlagesätze wirkt auf den Beginn des Rechnungsjahres zurück.

II. Berechnung der Steuerkraftzahlen

Art. 23 FAG

Der Berechnung der Realsteuerkraftzahlen (Art. 4, 16, 18, 21) werden die für die einzelnen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke festgesetzten Meßbetragssummen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Die Staatsministerien des Innern und der Finanzen treffen die näheren Bestimmungen darüber, wie die Meßbeträge zu ermitteln, mit welchen Hundertsätzen sie anzusetzen sind und wie bei der Gewerbesteuer die Ausgleichszuschüsse zu berücksichtigen sind.

§ 6 Abs. 2 FAGDV 1957

(Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl)

(2) dabei werden angesetzt:

- a) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) die Meßbeträge mit 140 vom Hundert;
- b) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B)

die ersten 20 000 Deutsche Mark der Meßbeträge mit 140 vH,
die weiteren 100 000 Deutsche Mark d. Meßbeträge mit 170 vH,
die weiteren 1 000 000 Deutsche Mark d. " mit 210 vH,
die weiteren 2 000 000 Deutsche Mark d. " mit 220 vH,
die weiteren Meßbeträge in Deutscher Mark mit 230 vH;

- c) als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 240 vH.

§ 7 FAGDV 1957

(1) Die Realsteuerkraftzahlen werden gefunden, indem die für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital zusammengezählt werden.

(2) Die im vorhergehenden Rechnungsjahr zu entrichtenden Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden

- a) in voller Höhe von den Gewerbesteuerkraftzahlen der

Betriebsgemeinden abgesetzt und

- b) zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugerechnet.

(3) Die den Gemeinden zufließenden Einnahmen aus der Spielbankabgabe und die Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn werden zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer hinzugerechnet.

III. Meßbeträge

§ 6 Abs. 1 FAGDV 1957

(1) Der Ermittlung der Realsteuerkraftzahlen für ein Rechnungsjahr werden die Steuerkraftzahlen zugrunde gelegt, die sich ergeben,

1) bei der Grundsteuer:

aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) und aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B), die von den Finanzämtern auf Grund der Bestimmungen über die Anschreibung der Grundsteuermeßbeträge jeweils bis zum 15. September des dem Rechnungsjahr vorangehenden Kalenderjahres im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben worden sind. Dabei bleiben die Meßbeträge außer Ansatz, wenn und soweit sie auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe oder auf Grundstücke entfallen.

- a) die für die Zwecke der ausländischen Streitkräfte in Anspruch genommen sind und für die aus diesem Grunde keine Grundsteuer entrichtet wurde;
- b) für die die Grundsteuer ganz oder teilweise auf Grund des § 26a des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519, ber. S. 790; FMBI. S. 415) erlassen wurde;
- c) für die die Grundsteuer unter den in § 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes genannten Voraussetzungen erlassen wurde.

Maßgebend ist jeweils das vorvorhergehende Rechnungsjahr. Beträge, die die Gemeinden im vorangehenden Rechnungsjahr als Grundsteuerausfallvergütung nach Art. 8 FAG erhalten, sind den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer hinzuzurechnen, nachdem sie durch die in diesem Rechnungsjahr geltenden Hebesätze geteilt und mit 100 vervielfacht worden sind.

2) bei der Gewerbesteuer:

aus den Meßbeträgen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die von den Finanzämtern auf Grund der Bestimmungen über die Anschreibung der Gewerbesteuermeßbeträge jeweils bis zum 15. September des dem Rechnungsjahr vorangehenden Kalenderjahres im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben worden sind.

Berichtigungen von Meßbeträgen der Anschreibungszeiträume II/1948 und 1949 bleiben unberücksichtigt.